

Vorlage Nr. 17/0115

Federf. Stadamt: Amt für Integration und Sport

Vorlage für den	Berichterstatter	Zuständigkeit	Sitzung am	Punkt
Integrationsrat	Erster Beigeordneter Rainer Weichelt	Entscheidung	29.03.2017	6

öffentliche Sitzung

Betrifft:

Verfassungsreferendum in der Türkei am 16. April 2017

Begründung:

(ggf. zusätzlich)

Am 16. April findet in der Türkei ein Referendum über eine Verfassungsänderung zur Einführung eines Präsidialsystems statt. Diese Verfassungsreform ist umstritten. Die im Ausland lebenden Türken sind ebenfalls wahlberechtigt.

Die in Deutschland lebenden Türken spielen beim anstehenden Referendum über eine Verfassungsreform in ihrer Heimat eine bedeutende Rolle. In Deutschland leben laut Statistischem Bundesamt 1,5 Millionen Menschen mit türkischem Pass. Bei der Parlamentswahl im Juni 2015 waren 1,4 Millionen wahlberechtigt, diesmal dürften es ähnlich viele sein. Damit ist Deutschland nach den türkischen Großstädten Istanbul, Ankara und Izmir der viertgrößte Wahlbezirk. Sie können vom 27. März bis 9. April an Konsulaten und Botschaften abstimmen. Dafür müssen sie sich allerdings zuvor beim Konsulat registrieren. Angaben, wie viele Wahlberechtigte sich zur Wahl angemeldet haben, gibt es bisher nicht. Bei den Parlamentswahlen im November 2015 lag die Beteiligung bei rund 41 Prozent. Insgesamt sind in der ganzen Türkei 58,2 Millionen Menschen wahlberechtigt.

Seit 2011 dürfen Türken im Ausland mitwählen. Bei der Parlamentswahl am 7. Juni 2015 verlor die Regierungspartei kurzfristig ihre absolute Mehrheit im Parlament. Hierzulande entschieden sich rund 54 Prozent der Wähler für Erdoğan und seine Partei. Von den wahl-

Mitzeichnungen					
Bürgermeister:	Erster Beigeordneter:	Stadtkämmerer:	Beigeordnete	Stadtbaurat:	Rechtsamt:
Datum: _____	Datum: _____	Datum: _____	Datum: _____	Datum: _____	Datum: _____

Zahl der erforderlichen Protokollauszüge: _____

berechtigten Türken in Deutschland gebrauchten allerdings nur rund 479.000 (ca. ein Drittel) ihr Wahlrecht. Bei den Neuwahlen im November 2015, bei denen die AKP wieder die absolute Mehrheit erreichte, waren es in Deutschland fast 60 Prozent. In keinem anderen europäischen Land schnitt die AKP so gut ab.

Spätestens seit den Protesten gegen die Bebauung des Gezi-Parks in Istanbul hat die innenpolitische Auseinandersetzung in der Türkei scharfe Züge angenommen. Eines der Ergebnisse ist die geplante Einführung eines Präsidialsystems in der Türkei. Dies hätte zur Folge, dass die Rechte des Parlaments beschnitten werden und die Trennung von Legislative und Exekutive verwischt werden bei gleichzeitiger Einschränkung der Judikative. Demokratie basiert aber weltweit auf einem System von Gewaltenteilung, nach anglo-amerikanischem Sprachgebrauch „checks and balances“ genannt (gegenseitige Überprüfung/Kontrolle und Ausgleich/Gleichgewicht).

Sind Kontrolle und Gleichgewicht nicht mehr gegeben, sind despotischen Regierungsformen bis hin zur Diktatur Tür und Tor geöffnet.

Speziell die geplante weitreichende Entmachtung des Parlamentes führt auch und gerade in der Türkei zu scharfer Kritik an den Plänen des derzeitigen Staatspräsidenten Erdoğan.

Und auch die Menschen mit türkischer Zuwanderungsgeschichte in Deutschland (siehe Anlage) sind höchstwahrscheinlich mehrheitlich nicht auf der Seite des aktuellen türkischen Staatspräsidenten. Ihre Zahl wird mit ca. 3 Millionen angegeben. Zu ihnen gehören deutsche Staatsbürger mit türkischer Herkunft, Menschen mit zwei Pässen und türkische Staatsbürger.

Grundsätzlich ist der Integrationsrat der Stadt Gladbeck der Auffassung, dass türkische Politik in der Türkei entschieden werden soll. Die türkische Regierung hat aber dafür gesorgt, dass der Wahlkampf auch in Deutschland stattfindet. Sie tut dies durch völlig unakzeptable und beleidigende Wortwahl sowie durch die Entsendung türkischer Politiker in unser Land.

Der Resolution des Rates der Stadt Gladbeck und des Integrationsrates im Oktober 2016 ist es zu entnehmen, dass Gladbeck ein Ort der Demokratie und Toleranz ist und dass Einigkeit darüber besteht, dass wir mit allen demokratischen Kräften für Freiheit, Toleranz, Solidarität und Demokratie eintreten. Vertreter der türkischen Regierung stellen diese Toleranz, ohne die ein friedliches Zusammenleben nicht umsetzbar ist, in Frage. Der türkische Nationalismus versucht die Herrschaft einer einzigen Partei in der Türkei durchzusetzen. Es geht um Pressefreiheit, Meinungsfreiheit, Religionsfreiheit und Demokratie - nicht mehr und nicht weniger.

Hier die wichtigsten Änderungen die mit der Verfassungsreform am 16. April in der Türkei geplant sind:

1. Der Präsident wird nicht nur Staats-, sondern auch Regierungschef. Das Amt des Ministerpräsidenten entfällt. Der Präsident darf künftig einer Partei angehören. Er wird nicht mehr vom Parlamentspräsidenten, sondern von einer vom Präsidenten zu bestimmenden Zahl an Vizepräsidenten vertreten. Der Präsident ist für die Ernennung und Absetzung seiner Stellvertreter und der Minister zuständig.
2. Der Präsident kann Dekrete mit Gesetzeskraft erlassen, die mit Veröffentlichung im Amtsanzeiger in Kraft treten. Eine nachträgliche Zustimmung durch das Parlament wie im derzeit geltenden Ausnahmezustand ist nicht vorgesehen. Die Dekrete werden unwirksam, falls das Parlament zum Thema des jeweiligen Erlasses ein Gesetz verabschiedet. Per Dekret kann der Präsident auch Ministerien errichten, abschaffen oder umorganisieren.
3. Parlament und Präsident werden künftig am selben Tag für die Dauer von fünf Jahren vom Volk gewählt, und zwar erstmals am 3. November 2019. Die zeitgleiche Wahl erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass der jeweilige Präsident über eine Mehrheit im Parlament verfügt. Die Zahl der Abgeordneten steigt von 550 auf 600. Parlamentarische Anfragen gibt es nur noch schriftlich an die Vizepräsidenten und Minister.
4. Neuwahlen können sowohl das Parlament als auch der Präsident auslösen, im Parlament ist dafür eine Dreifünftel-Mehrheit notwendig. In beiden Fällen werden sowohl das Parlament als auch der Präsident zum gleichen Zeitpunkt neu gewählt - unabhängig davon, welche der beiden Seiten die Neuwahl veranlasst hat.
5. Die Amtszeiten des Präsidenten bleiben auf zwei beschränkt. Sollte das Parlament in der zweiten Amtsperiode des Präsidenten Neuwahlen beschließen, kann der Präsident noch einmal kandidieren.
6. Die Zählung der Amtszeiten würde mit dem neuen Präsidialsystem neu beginnen. Präsident Erdogan wäre also nach einem Wahlsieg 2019 in seiner ersten Amtsperiode. Bei entsprechenden Wahlerfolgen könnte er theoretisch bis 2034 an der Macht bleiben.
7. Der Präsident bekommt auch mehr Einfluss auf die Justiz: Im Rat der Richter und Staatsanwälte kann der Präsident künftig vier der 13 Mitglieder bestimmen, das Parlament drei weitere. Feste Mitglieder bleiben außerdem der Justizminister und sein Staatssekretär. Bislang bestimmen Richter und Staatsanwälte selbst die Mehrheit der derzeit noch 22 Mitglieder des Rats. Das Gremium ist unter anderem für die Ernennung und Beförderung von Richtern und Staatsanwälten zuständig.

Finanzielle Auswirkungen:

keine

folgende

Ergebnisrechnung

Ertrag	€
einmalig	
jährlich	

Aufwand	€
einmalig	
jährlich	
<i>darin enthalten:</i>	
Personalaufwand	
Sach- und Dienstleistungen	
Transferaufwand	

investiver Finanzplan

Einzahlung	€
einmalig	
jährlich	
<i>darin enthalten:</i>	
Zuschüsse	
Beiträge Dritter	

Auszahlung	€
einmalig	
jährlich	

Haushaltsmittel stehen:

zur Verfügung

nicht zur Verfügung

Beschlussentwurf:

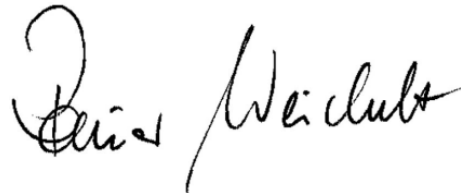
„Der Integrationsrat ist besorgt über die politische Entwicklung in der Türkei. Wir verurteilen die Inhaftierungen von Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern in der Türkei. Auch wir finden die Verhaftung des „Welt“-Korrespondenten Deniz Yücel bitter und enttäuschend und geben unserer Hoffnung Ausdruck, dass er bald seine Freiheit zurückerlangt.

Wir unterstützen jede Bewegung in der Türkei, die versucht, einen demokratischen Weg für das Land und seine Menschen zu finden - auch für die Menschen mit Migrationsgeschichte, die in Gladbeck leben.

Der Integrationsrat ruft dazu auf, dass sich Menschen - egal welcher Nation -, für Menschenrechte, Grundrechte, Freiheit der Meinungsäußerung, Freiheit der Religionsausübung in aller Welt einsetzen und dies auch zeigen und gemeinsam verteidigen.

Der Integrationsrat ruft die Wahlberechtigten türkischen Mitbewohner-/innen dazu auf Mut zu zeigen, für Freiheit und Demokratie in einem vereinten Europa einzustehen und dies mit einem entsprechenden Votum am 16. April zu verteidigen.“

Der Bürgermeister
i. V.



Rainer Weichelt
Erster Beigeordneter

In der Sitzung des

- Integrationsrates
- Rates
- Haupt- und Finanzausschusses

am _____ (nicht - öffentlicher Teil) wurde wie folgt beschlossen: